

Home > miBlog

Montag, 07. August 2023

Quo vadis, Ampel?

Gastkommentar von Dietrich W. Thielenhaus

Blogeintrag | Kommentare (0)

Während sich am wirtschaftlichen Horizont drohende Gewitterwolken auftürmen, irrlichtert die orientierungslose Ampelkoalition in Berlin zwischen Wunschdenken, Selbstgefälligkeit und Realitätsverweigerung. Inflation, Rezession, Insolvenzen, Energieprobleme und andere Standortnachteile bilden ein toxisches Gemisch mit erheblichem Gefährdungspotential. Die nahezu monopolistische Fixierung der Regierung auf den Klimawandel kann die anstehenden Krisen weder verdecken noch lösen. Im Gegenteil: Der nationale Alleingang bei der Klimapolitik ist nicht nur illusorisch und kontraproduktiv, sondern beschleunigt auch die unverkennbar beginnende Deindustrialisierung. Deutschland ist auf dem Weg in die Sackgasse. Höchste Zeit also für marktwirtschaftliche Reformen und pragmatische Maßnahmen zur Wiederherstellung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit.

"Auf der Verliererstraße"

Glaubt man den führenden Wirtschaftsverbänden, so geht Deutschland schweren Zeiten entgegen. Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat im Rahmen eines Wachstumsausblickes der deutschen Volkswirtschaft testiert, dass sie als einzige von den 22 untersuchten Ländern und Regionen in diesem Jahr schrumpfen werde. Das sei – so BDI-Präsident Siegfried Russwurm – für ein Industrie- und Exportland wie Deutschland alarmierend. Die Bundesrepublik befinde sich "wirtschaftlich auf der Verliererstraße". Es mangele an substanzieller Unterstützung aus dem "Alitischen Umfeld, obwohl sich dort langsam die Erkenntnis durchsetze, dass keine Rede mehr sei Iblühenden Landschaften und einem neuen Wirtschaftswunder, sondern von einer krisenhaften



Situation der deutschen Wirtschaft. Der Zentralverband des Deutschen Handwerks sieht die Wettbewerbsfähigkeit durch höhere Materialkosten, Inflation, Lohnsteigerungen und vor allem durch weiter steigende Sozialabgaben in Gefahr. Deutschland sei zu bürokratisch, nicht genügend digital und zu langsam beispielsweise bei Genehmigungs- und Planungsverfahren. Wenn jetzt nicht gehandelt werde, drohe eine lange Zeit wirtschaftlich Schwierigkeiten. Und Arbeitgeberpräsident Dulger fasst die Lage zusammen: "Wir befinden uns in einer Rezession. Auch die Inflation hält sich hartnäckiger als gedacht. Wir haben mit die höchsten Energiekosten, wir haben mit die höchsten Steuern und Lohnzusatzkosten. Wir haben eine marode Infrastruktur. Diese

Probleme mischen sich mit Fachkräftemangel, verschlafener Digitalisierung und der Dekarbonisierung. Ein Mediziner würde von multiplen Erkrankungen sprechen." Die Stimmung in den Unternehmen trübe sich ein, das Investitionsklima sei nicht gut. Dulger weiter: "Vor allem sind wir für ausländische Investitionen derzeit nicht attraktiv, unter anderem, weil wir ein Hochsteuerland sind. Wir sind kein attraktiver Standort. Wir brauchen Investitionen in den Standort. Deutschland muss vor allem schneller und digitaler werden." Nötig seien zudem weniger Steuern und Lohnzusatzkosten.

"In der Abwärtsspirale"

Vor einem "schleichenden Prozess der Deindustrialisierung" warnt der CDU-Vorsitzende Friedrich Merz angesichts steigender Arbeitslosenzahlen und Insolvenzen. Nach Einschätzung des Top-Managers Eckhard Cordes ist "die Stimmung in der Wirtschaft von großer Sorge erfüllt". Wenn die Politik nicht massiv gegensteuere, gerate die gesamte Wirtschaft ins Rutschen. Falls das geschehe, sei ein Niedergang nur schwer aufzuhalten. Seine Ablehnung der Ampelpolitik bringt Cordes so auf den Punkt: "Wir schalten die Atomkraftwerke ab, während der Rest der Welt weiter darauf setzt und selbst Japan die Kraftwerke wieder anwirft. Wir tabuisieren die Abscheidung und Lagerung des schädlichen CO2, während halb Europa in diese CCS-Technologie investiert und auch in Deutschland Lagerstätten für CO2 errichtet werden könnten. Deutschland verzichtet auf Fracking-Gas-Vorkommen, die uns 20 Jahre sicher versorgen könnten." Der Publizist Roland Tichy schreibt in einem Leitartikel unter der Überschrift "Ein Land fährt vor die Wand". "Die Wirtschaft dieses Landes schrumpft nicht nur. Wir sind Zeuge des Schauspiels einer Zerstörung in atemberaubender Geschwindigkeit. Vor den staunenden Augen zerfällt ein hochkomplexes gesellschaftliches, industrielles, soziales und technologisches System." Vor diesem Hintergrund kann nicht überraschen, dass die Zufriedenheit mit der Arbeit der Bundesregierung – laut Forsa – im Sommer rf einen neuen Tiefstwert gefallen ist: 78 % aller Bundesbürger trauen der selbsternannten

"Fortschrittskoalition" die Lösung der drängenden Probleme nicht mehr zu, was einem demoskopischen Misstrauensvotums gleichkommt.

Das Kernproblem der Ampelregierung scheint darin zu bestehen, dass sich die drei Koalitionspartner nicht an einem einheitlichen, verbindlichen Navigationssystem orientieren, sondern an unterschiedlich kalibrierten parteipolitischen Kompassen. Daraus erwachsen unvermeidlich immer wieder erhebliche ideologische Kursabweichungen, die im Worst Case zu Schiffbruch führen könnten.

Amtliche Zweifel

Erhebliche Zweifel an der Effizienz der Klimaschutzmaßnahmen in Deutschland hat der Bundesrechnungshof (BRH) angemeldet. Der Staat wisse teilweise nicht, welche seiner Maßnahmen überhaupt funktionieren. BRH-Präsident Kay Scheller lässt seine Behörde untersuchen, ob der Gesetzgeber seine vorgegebenen Ziele erreicht, um eine umweltfreundlichere Energieversorgung sicherzustellen, die aber auch bezahlbar und sicher bleiben solle. Scheller weiter: "Die aktuelle Momentaufnahme lässt uns daran deutlich zweifeln. Bislang verfehlt die Regierung ihre eigenen Pläne." Nach ersten Prüfungen sieht der BRH "große Probleme bei der Versorgungssicherheit". Preisgünstiger sei die Energie nicht geworden. Kritisch stellt der BRH-Chef fest: "Höhere Umweltverträglichkeit kann ich bislang nicht erkennen, wenn zwar Atommeiler stillgelegt, zugleich aber Kohlekraftwerke wieder hochgefahren und Flüssiggas-Tanker aus den USA bestellt werden." Bemerkenswert ist auch sein Hinweis auf die Reaktionen ausländischer Rechnungshof-Kollegen: "Die deutsche Energiewende ist für viele kaum mehr nachvollziehbar: Ausstieg aus fast allem mit gesicherter Leistung, während der Ausbau bei Wind und Sonne und der Netze damit nicht Schritt hält."

Kein Alleingang beim Klimaschutz

Zu den profiliertesten wissenschaftlichen Kritikern einer ideologisierten Klima-Politik zählt seit vielen Jahren Prof. Hans-Werner Sinn. In einem Zeitungsbeitrag zeigt der frühere Präsident des ifo-Instituts auf, warum ein deutscher Alleingang beim Klimaschutz kontraproduktiv und wirtschaftsschädlich ist. Sinns Ausgangsthese besagt, dass der CO2-Ausstoß bei Öl, Kohle etc. nur dann reduziert werden kann, wenn sich auch die anderen Länder beteiligen. Zu den Verboten von Verbrennungsmotoren und Ölheizungen merkt der Ökonom an: "Diese Maßnahmen sind unnütz. Sie ruinieren unsere Automobilindustrie, senken unseren Lebensstandard und subventionieren andere Länder, allen voran China. China hat in den letzten zehn Jahren nicht nur immer mehr Kohle verbrannt, es hat den Mineralölverbrauch noch viel schneller gesteigert." Und weiter: "E-Autos sind keine Lösung! Der mutzige Auspuff liegt nur etwas weiter entfernt im Kohlekraftwerk. Da der grüne Flatterstrom es

vorläufig nicht schafft und die Atomkraft abgestellt ist, bedeuten mehr E-Autos mehr Braunkohleförderung und befördern Kohlenstoff in die Luft, der eigentlich versiegelt werden sollte. Das Verbrennerverbot hingegen führt wegen der Umlenkung der Tanker in andere Länder nicht dazu, dass weniger Kohlenstoff emittiert wird. Per saldo beschleunigt sich also der Klimawandel wegen des Verbrennerverbots. Ähnlich verhält es sich beim Heiz-Gesetz. Der Ersatz der Ölheizungen durch Wärmepumpen kostet bei Altbauten Unsummen Geld, das Öl wird anderswo verbrannt, und der Mehrverbrauch an Strom veranlasst die Kraftwerke, mehr Braunkohle zu verbrennen. Also au hier mehr CO2-Ausstoß und mehr Klimawandel als Folge einer unbedachten Politik."

Die Versorgungssicherheit sieht Prof. Sinn als gefährdet an: "Wind- und Sonnenstrom werden uns nicht alleine versorgen. Die Quellen sind nicht regelbar, und das Wetter ist unstetig. In Dunkelflauten müssen regelbare Kraftwerke in der Lage sein, den gesamten Verbrauch Deutschlands zu decken. Wenn wir auf noch mehr Strom setzen im Gebäude- und Verkehrssektor, dann wird das Problem gravierender. Wir können die Energiewende leider nicht ohne fossile Energieträger bestreiten, weil wir auf die Kernkraft verzichten."

Und die Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort Deutschland hält Sinn für gravierend: "Die Energiepolitik Deutschlands ist so wenig durchdacht, dass man für die Industrie Schlimmes befürchten muss. Das betrifft alle Branchen. Deutschland hat mit Dänemark die höchsten Stromkosten der Welt. Einzelne Unternehmen wandern deshalb schon heute ab. Vor allem aber werden ausländische Wettbewerber die Märkte erobern, die früher in deutscher Hand waren. Leider ist das schlecht für die grüne Bewegung, denn wir zeigen anderen Ländern, wie falsch man Klimapolitik gestalten kann. Technisch würde es auf sehr lange Sicht mit einer Kombination aus Kernkraft und grüner Technik vielleicht funktionieren. Ökonomisch kann es nur funktionieren, wenn die USA, China und Indien sich mit der EU zu einem Klimaklub verbinden. Nur so kann man die OPEC bezwingen. Dafür ist es aber nötig, dass das Gerangel zwischen China und den USA ein Ende hat."

"Zunehmend toxisch"

Der Verband der Automobilindustrie (VDA) sieht die Produktion in Deutschland als bedroht an und fordert eine strategische, marktorientierte Wirtschaftspolitik. Die deutsche Schlüsselindustrie verlagert immer mehr Investitionen ins Ausland. Bei vielen Kriterien sei Deutschland längst nicht mehr wettbewerbsfähig. Regulierung sei kein Wettbewerbsvorteil. Unser Land brauche dringend Reformen. Die Lage werde "zunehmend toxisch".

Der Unternehmer Dietrich W. Thielenhaus kommentiert aktuelle Entwicklungen in Politik und Wirtschaft.





Verfasst von: Dietrich W. Thielenhaus | Kommentare (0)

GASTKOMMENTAR

Als Gastkommentar gekennzeichnete Texte geben nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion wieder.

ZURÜCK ZUM BLOG

Kommentare (0)



Kommentar verfassen

Titel

Titel

Name *

Name *

E-Mail *

E-Mail *



mepage

Homepage

Ihr Kommentar *

Kommentar *

Bitte beachten Sie bei Ihren Kommentaren unsere Netiquette 🗹

KOMMENTAR VERFASSEN



VERLAG

ADRESSE:

markt intern Verlag GmbH Breite Str. 20 40670 Meerbusch

FON +49 (0) 211 6698-0

-^X +49 (0) 211 6698-222



//AIL info@markt-intern.de

ÖFFNUNGSZEITEN

09:00 bis 17:00 - Mo bis Do 09:00 bis 15:00 - Fr









THEMEN

Steuern & Recht

Bauen & Wohnen

Gesundheit & Freizeit

Handel & Dienstleistungen

Handwerk

Marketing & Online

Mittelstandspolitik

STEUERN & MITTELSTAND

arbeitgeber intern

GmbH intern

immobilien intern

Mittelstand

steuerberater intern

steuertip

umsatzsteuer intern

TECHNIK & LIFESTYLE

Automarkt & Tankstelle

Büro-Fachhandel

Consumer Electronics

Elektro-Fachhandel

Foto-Fachhandel & -Studio

Uhren & Schmuck



JEN & WOHNEN

Eisenwaren/Werkzeuge/Garten
Elektro-Installation

Installation Sanitär/Heizung

Möbel-Fachhandel

GESUNDHEIT & FREIZEIT

Apotheke/Pharmazie

Augenoptik/Optometrie

Hörgeräteakustik

in motion — Sport- plus Schuh-Handel

Parfümerie/Kosmetik

Spielwaren/Modellbau/Kreativ

© 2023 markt intern Verlag GmbH | Karriere | Netiquette | Impressum | Datenschutz | AGB | Hilfe

